

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gökay Akbulut, Heidi Reichinnek, Susanne Ferschl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/6604 –**

Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Unterhaltsvorschuss nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) soll Alleinerziehende und ihre Kinder finanziell entlasten, wenn der unterhaltspflichtige Elternteil seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht oder nur teilweise nachkommt. Mit den Leistungen des UhVorschG geht der Staat für säumige Unterhaltsverpflichtete in Vorleistung. Der Unterhaltsvorschuss ist ein wichtiges Instrument zur Sicherung der finanziellen Situation von Kindern von Alleinerziehenden.

Einschränkungen im UhVorschG führen allerdings dazu, dass die Leistungen viele Kinder nicht erreichen. So sind leibliche Elternteile, die mit einem neuen Partner eine Ehe oder eine Lebenspartnerschaft begründen, nicht mehr anspruchsberechtigt auf den Erhalt von Leistungen durch das UhVorschG. Die Leistungen aus dem UhVorschG werden auf die Transferzahlungen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) angerechnet. Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) fordert, dass der Unterhaltsvorschuss auch für Kinder über zwölf Jahre Vorrang beim Bezug von SGB-II-Leistungen hat (vgl. Unterhaltsvorschuss: VAMV-Bundesverband e. V.) Außerdem gibt es bisher für nicht freizügigkeitsberechtigte ausländische Staatsangehörige, die in Deutschland leben, gesetzliche Einschränkungen für den Erhalt des Unterhaltsvorschusses. Ohne den Besitz einer Niederlassungserlaubnis oder einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU oder einer Blauen Karte EU, einer ICT-(Information and Communication Technology)Karte, einer Mobile-ICT-Karte oder einer Aufenthaltserlaubnis, die für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt oder berechtigt hat, können sie zum Beispiel keinen Unterhaltsvorschuss erhalten.

Den Unterhaltsvorschuss nach dem UhVorschG erhalten Alleinerziehende mit über zwölfjährigen Kindern nur, wenn Sie mindestens 600 Euro brutto verdienen oder die Kinder selbst keine SGB-II-Leistungen beziehen. Damit wird eine Bedarfsprüfung impliziert (vgl. www.zukunftsforum-familie.de/reform-unterhaltsvorschuss-bessere-unterstuetzung-fuer-alleinerziehende-ist-auf-dem-weg/).

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird eine Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes nicht erwähnt, aber es soll

laut Koalitionsvertrag eine Reform des Unterhaltsrechts und des Umgangs- und Sorgerechts geben.

1. Plant die Bundesregierung eine Reform des UhVorschG (wenn nein, bitte begründen, und wenn ja, bitte detailliert ausführen, und ab wann)?

Unterhaltsvorschuss ist die seit über 40 Jahren breit bekannte und niedrigschwellig zugängliche Leistung für Kinder Alleinerziehender, die keinen bzw. keinen regelmäßigen Unterhalt vom anderen Elternteil erhalten. Mit dem Unterhaltsvorschuss wird das sächliche Existenzminimum der Kinder gesichert und die planwidrige Doppelbelastung der alleinerziehenden Elternteile aus ganz überwiegender Betreuung und dem Aufkommen für den Unterhalt des Kindes abgemildert.

Im Jahr 2017 wurde der Unterhaltsvorschuss zuletzt erheblich ausgebaut durch den Wegfall der Höchstbezugsdauer und die Bezugsmöglichkeit bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Die Zahl der unterstützten Kinder hat sich dadurch von 414 004 Kindern am 30. Juni 2017 auf rund 825 000 Kinder am 31. Dezember 2022 erhöht.

Eine grundlegende Reform des Unterhaltsvorschuss plant die Bundesregierung vor diesem Hintergrund derzeit nicht. Es können sich jedoch Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes im Zuge der geplanten Einführung einer Kindergrundsicherung ergeben.

- a) Inwieweit plant die Bundesregierung, das Kindergeld nicht mehr vollständig auf die Leistungen des Unterhaltsvorschusses anzurechnen?

Bei privaten Unterhaltszahlungen wird das Kindergeld nur hälftig auf die Unterhaltszahlung angerechnet. Beim Unterhaltsvorschuss findet eine volle Kindergeldanrechnung auf die Unterhaltsleistung statt. Die Bundesregierung plant nicht, dies zu ändern.

Das hat folgende Gründe: Privat gezahlter Unterhalt und staatlich gezahlter Unterhaltersatz (Unterhaltsvorschuss) sind der Höhe nach nicht vergleichbar. Der private Unterhalt orientiert sich daran, was der jeweilige Unterhaltsschuldner leisten kann. Die Sozialleistung Unterhaltsvorschuss orientiert sich an dem, was ein Kind zum Leben mindestens braucht, also am sächlichen Existenzminimum eines Kindes. Was für das Existenzminimum eines Kindes nötig ist, wird regelmäßig durch die Bundesregierung ermittelt.

Der von der Leistungsfähigkeit des Unterhaltspflichtigen abhängige private Unterhalt kann deutlich höher sein als der staatliche Unterhaltsvorschuss; er kann aber auch deutlich darunter liegen und dann für ein Kind nicht ausreichen. Weil Aufgabe des staatlichen Unterhalts ist, das Existenzminimum des Kindes zu sichern, fällt der staatliche Unterhalt nicht so hoch aus wie manche private Unterhaltszahlung. Dafür stellt der staatliche Unterhalt – anders als viele private Unterhaltszahlungen – den notwendigen Lebensunterhalt eines Kindes verlässlich und bedarfsgerecht sicher. Wird das Existenzminimum des Kindes bereits durch eine andere staatliche Leistung teilweise gesichert, übernimmt es der Staat, ergänzend die Unterhaltsleistung bis zur Höhe des sich nach § 1612a Absatz 1 Satz 3 Nummer 1, 2 oder 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ergebenden monatlichen Mindestunterhalts zu zahlen.

Das Kindergeld wird also voll auf die Unterhaltszahlung angerechnet. Eine nur teilweise Anrechnung würde über das Ziel des Unterhaltsvorschusses, das Existenzminimum des Kindes sicherzustellen, hinausgehen. Dies gilt besonders, weil der Unterhaltsvorschuss keine Bedürftigkeit des Alleinerziehendenhaushalts voraussetzt.

- b) Inwieweit plant die Bundesregierung, die Anrechnung von Unterhaltsvorschuss auf Transferleistungen zu ändern?

Im Zuge der Einführung einer Kindergrundsicherung werden auch die Schnittstellen zu anderen Sozialleistungen geklärt.

- c) Inwieweit plant die Bundesregierung, die Bedarfsprüfung für über zwölfjährige Kinder auszusetzen bzw. zu ändern?

Im Zuge der Einführung einer Kindergrundsicherung wird auch die Behandlung der Kinder ab dem Alter von 12 Jahren im Unterhaltsvorschuss geprüft.

- d) Inwieweit plant die Bundesregierung, den Unterhaltsvorschuss dahingehend auszuweiten, dass auch leibliche Elternteile, die einen neuen Partner heiraten, anspruchsberechtigt sind?
16. Aus welchen Gründen strebt die Bundesregierung keine Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes dahingehend an, dass auch leibliche Elternteile, die einen neuen Partner heiraten, nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) anspruchsberechtigt auf Leistungen des Unterhaltsvorschusses sind?

Die Fragen 1d und 16 werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung plant hier keine Änderungen. Anspruchsberechtigt nach dem Unterhaltsvorschussgesetz sind minderjährige Kinder. Alleinerziehende Elternteile sind antragsberechtigt und profitieren mittelbar als gegenüber dem Kind unterhaltspflichtige Personen. Nach einer Heirat sind Stiefeltern zwar dem Kind nicht unterhaltsrechtlich verpflichtet, verbessern aber regelmäßig die faktische Gesamtlage. Paarhaushalte sind wesentlich weniger armutsgefährdet als Alleinerziehenden-Haushalte. Der Stiefelternteil kann – im Gegensatz zu einem neuen, nicht ehelichen Lebensgefährten/einer neuen, nicht ehelichen Lebensgefährtin – eigene finanzielle Vorteile aufgrund des Stiefkindes haben, wie zum Beispiel Steuererleichterungen. Dies begründet, dass Kinder alleinerziehender Elternteile nach deren Heirat keinen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss haben.

2. Wie viele Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, haben Anspruch auf Unterhaltszahlungen (bitte nach Alter der Anspruchsberechtigten sowie nach Jahren ab dem Jahr 2014 aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen keine statistischen Daten im Sinne der Fragestellung vor.

3. Wie viele Kinder erhalten Unterhaltsvorschuss nach dem UhVorschG (bitte ab dem Jahr 2014 nach Bundesländern sowie in absoluten und prozentualen Zahlen bezüglich der Anzahl der Kinder und Jugendlichen und Anzahl der barunterhaltsberechtigten Kinder, die insgesamt in alleinerziehenden Familien leben, aufschlüsseln)?

Die nach Bundesländern aufgeschlüsselte Anzahl der Kinder, welche in den Jahren 2014 bis 2022 jeweils zum Stichtag 31. Dezember Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) erhalten haben, kann Tabelle 1 im An-

hang entnommen werden.* Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

4. Wie hoch ist der Anteil barunterhaltspflichtiger Eltern in der Bundesrepublik Deutschland gesamt und in den einzelnen Bundesländern, die ihren Unterhaltsverpflichtungen nicht nachkommen (bitte ab dem Jahr 2014 in absoluten und prozentualen Zahlen bezüglich der Anzahl der Kinder und Jugendlichen und Anzahl der barunterhaltsberechtigten Kinder, die insgesamt in alleinerziehenden Familien leben, aufschlüsseln)?
5. Wie hoch ist die Zahl der barunterhaltspflichtigen Elternteile, die ihrer Unterhaltspflicht aufgrund ihres zu geringen Einkommens nicht nachkommen, und wie hat sich dies in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren, absoluten und relativen Zahlen, Geschlecht des erziehenden Elternteils und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?
6. Wie hoch ist die Zahl der barunterhaltspflichtigen Elternteile, die ihrer Unterhaltspflicht nicht im vollständigen Umfang nachkommen, und wie hat sich dies in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren, absoluten und relativen Zahlen, Geschlecht des erziehenden Elternteils und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?
7. Wie hoch ist die Zahl der barunterhaltspflichtigen Elternteile, die ihrer Unterhaltspflicht aufgrund ihres zu geringen Einkommens nicht im vollständigen Umfang nachkommen, und wie hat sich dies in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren, absoluten und relativen Zahlen, Geschlecht des erziehenden Elternteils und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?
8. In welchem Alter sind die Kinder, für die Unterhaltsvorschuss nach dem UhVorschG zum ersten Mal beantragt wird (bitte nach Alter der Kinder und in Jahren ab dem Jahr 2014 aufschlüsseln)?
9. Wie lange beziehen Kinder von alleinerziehenden Eltern jeweils Unterhaltsvorschuss nach dem UhVorschG (bitte nach dem Alter der Erstbewilligung sowie insgesamt ab dem Jahr 2014 aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen für die Fragen 4 bis 9 keine statistischen Daten im Sinne der jeweiligen Fragestellung vor.

10. Inwieweit erachtet die Bundesregierung eine Bearbeitung und Rückforderung des Unterhalts durch die Finanzämter für sinnvoll, um die Rückgriffsquote zu erhöhen und die Zahl unterhaltssäumiger Elternteile zu reduzieren?

Der sogenannte Rückgriff nach dem UhVorschG ist die Durchsetzung auf die öffentliche Hand übergegangener privatrechtlicher Ansprüche. Nach § 17 Absatz 2 Satz 1 des Finanzverwaltungsgesetzes sind die Finanzämter ausschließlich für die Verwaltung der Besitz- und Verkehrsteuern zuständig. Mit dieser Aufgabe sind sie angesichts der vielfältigen Maßnahmen des Gesetzgebers zur Überwindung der Corona-Krise sowie im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt und nicht zuletzt mit der Umsetzung der Grundsteuerreform restlos ausgelastet. Eine Ausweitung des Aufgabenportfolios der Finanzverwaltung um fachfremde Tätigkeiten kommt nicht in Betracht.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/6798 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Letztendlich entscheiden die das Unterhaltsvorschussgesetz ausführenden Länder und Kommunen, welche Behörden sie dafür einsetzen. Teilweise erfolgt der Rückgriff durch die Unterhaltsvorschuss-Stellen bei den Jugendämtern, teilweise erfolgt der Rückgriff durch andere (zentrale) Stellen.

11. Wie hat sich die Rückgriffsquote bei säumigen unterhaltspflichtigen Elternteilen seit 2014 entwickelt (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Entwicklung des nach Bundesländern aufgeschlüsselten Verhältnisses der gebuchten Einnahmen aus dem Rückgriff zu den Leistungsausgaben des gleichen Haushaltsjahrs (Rückgriffsquote) kann Tabelle 2 im Anhang entnommen werden.*

12. Welche Ursachen sind nach Kenntnis der Bundesregierung für die unterschiedlichen Rückgriffsquoten in den Bundesländern verantwortlich?

Die sogenannte Rückgriffsquote, also das Verhältnis der im Laufe eines Kalenderjahres erzielten Einnahmen zu den Leistungsausgaben desselben Kalenderjahres, wird von vielen Faktoren beeinflusst (dazu mehr in der Antwort zu Frage 13).

Ganz wesentlich hängt die Rückgriffsquote von der Zahlungsfähigkeit der barunterhaltspflichtigen Elternteile und von dem Umfang des Bestehens einer solchen Unterhaltspflicht ab. Die wirtschaftliche Situation, in der sich die nicht alleinerziehenden, anderen Elternteile befinden, variiert von Bundesland zu Bundesland.

13. Wie möchte die Bundesregierung die Rückholquote von Leistungen nach dem UhVorschG erhöhen?

Wie bereits in der Antwort zur Frage 12 ausgeführt, ist in den meisten Fällen staatlicher Unterhaltsleistung auf Grund der wirtschaftlichen Situation des anderen Elternteils kein oder kein voller Rückgriff möglich. Dies gilt besonders seit dem Ausbau des Unterhaltsvorschuss in 2017 bis zum 18. Lebensjahr. Zudem sind die Zahlbeträge des Unterhaltsvorschusses in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Diesen Erhöhungen der Zahlbeträge standen keine entsprechenden Lohnerhöhungen auf Seiten der anderen Elternteile gegenüber. Pandemie und Inflation haben diese Elternteile zusätzlich belastet. Dennoch ist es durch effizientes Verwaltungshandeln der das Unterhaltsvorschussgesetz ausführenden Länder gelungen, die Einnahmen aus dem Rückgriff in den letzten Jahren kontinuierlich und substantiell zu steigern.

Die weitere Verbesserung des Rückgriffs bleibt Gegenstand eines entsprechenden Bund-Länder-Prozesses. Über die jährliche Geschäftsstatistik gelingt es, den Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes durch die Länder transparenter zu machen und bei Auffälligkeiten rechtzeitig nachzusteuern. Effizientes Verwaltungshandeln, gestützt durch ausreichende Personalausstattung und die Zentralisierung von Aufgaben, ein gutes Forderungsmanagement sowie eine Aufsicht, die eng mit den zu beaufsichtigenden Stellen zusammenarbeitet, tragen ebenfalls zum Rückgriffserfolg bei.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/6798 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

14. Wie viele Alleinerziehende erhalten Transferzahlungen aus dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und müssen aufgrund der Vorrangigkeit des Anspruchs auf Leistungen nach dem UhVorschG Unterhaltsvorschuss für ihre Kinder beantragen (bitte nach Gesamtdeutschland und Bundesländern sowie pro Jahr ab dem Jahr 2014 aufschlüsseln)?
15. Wie viele Kinder aus Einelternfamilien, die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, profitieren nicht von der Ausweitung des Unterhaltsvorschusses zum 1. Juli 2017, weil dieser auf SGB-II-Leistungen angerechnet wird?

Die Fragen 14 und 15 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

In der Grundsicherungsstatistik zum Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) können Kinder mit Einkommen aus Unterhaltsvorschuss nicht eindeutig identifiziert werden. Um dennoch eine grobe Abschätzung geben zu können, wurde eine Näherungslösung entwickelt. Diese umfasst „minderjährige Regelleistungsberechtigte (RLB) und Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL) mit Einkommen aus Unterhalt in Höhe der Unterhaltsvorschussbeträge“. Die Daten liegen erst ab dem Jahr 2017 vor.

Bei der durch die Näherungslösung ausgewiesenen Angaben handelt es sich nicht um Kinder mit Unterhaltsvorschuss. Die Anzahl der Kinder mit Unterhaltsvorschuss wird dabei a) um diejenigen überschätzt, die z. B. Kindesunterhalt in derselben Höhe des Unterhaltsvorschusses und gleichzeitig keinen (Teil-)Unterhaltsvorschuss erhalten sowie b) um diejenigen unterschätzt, die z. B. nicht den vollen Unterhaltsvorschuss erhalten. Daten darüber, wie viele Kinder nicht von der Ausweitung des Unterhaltsvorschusses profitieren, liegen nicht vor.

Im Jahresdurchschnitt 2022 gab es insgesamt rund 206 000 Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften mit minderjährigen RLB und KOL mit Einkommen aus Unterhalt in Höhe der Unterhaltsvorschussbeträge; die Zahl der minderjährigen RLB und KOL in Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften mit Einkommen aus Unterhalt in Höhe der Unterhaltsvorschussbeträge betrug 298 000. Weitere Angaben ab dem Jahr 2017 sowie in der Differenzierung nach Bundesländern sind den beigelegten Tabellen 3, 4 und 5 der BA-Statistik zu entnehmen.*

17. Stellt es nach Ansicht der Bundesregierung eine Diskriminierung oder Benachteiligung von Alleinerziehenden, die nicht freizügigkeitsberechtigte ausländische Staatsangehörige sind und die in Deutschland leben, dar, dass es gesetzliche Einschränkungen bezüglich des Aufenthaltsstatus für den Erhalt des Unterhaltsvorschusses für nicht freizügigkeitsberechtigte ausländische Staatsangehörige, die in Deutschland leben (§ 1 Absatz 2a des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG)), gibt, und wenn nein, warum nicht, und wenn ja, inwiefern plant die Bundesregierung, dies zu ändern?

Die sogenannte Ausländerklausel legt fest, wann ausländische Personen Sozialleistungen beziehen können. Diese gilt für Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz und dem Bundeskindergeldgesetz, dem Elterngeld sowie dem Unterhaltsvorschuss gleichermaßen. Der Bezug der Leistung wird grundsätzlich dabei an bestimmte Aufenthaltstitel geknüpft und nicht an den Familienstand. Darüber hinaus liegt die Anspruchsinhaberschaft im Unterhaltsvorschuss beim Kind und nicht bei den Eltern. Eine Benachteiligung von Alleinerziehenden ist daher nicht zu erkennen.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/6798 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

18. Wie viele Anträge auf Unterhaltsvorschuss werden insgesamt abgelehnt und mit welchen Begründungen (bitte nach Gesamtdeutschland und Bundesländer sowie pro Jahr ab dem Jahr 2014 aufschlüsseln)?
19. Wie viele Anträge auf Unterhaltsvorschuss werden aufgrund der Bedarfsprüfungen abgelehnt (bitte nach Gesamtdeutschland und Bundesländern sowie pro Jahr ab dem Jahr 2017 aufschlüsseln)?

Die Fragen 18 und 19 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Arbeitsstatistik zur Unterhaltsvorschuss-Antragsbearbeitung wird seit Mitte 2017 erhoben. Die ab dem Jahr 2018 vorliegenden Anzahlen der Antragsablehnungen sind in Tabelle 6 im Anhang dargestellt.* Häufig fehlt es bei Ablehnung an der für den Anspruch auf den Unterhaltsvorschuss notwendigen Mitwirkung der antragstellenden Elternteile. Statistisch werden die Gründe für die Antragsablehnungen nicht erhoben.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/6798 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Tabelle 1

Kinder, die Leistungen nach dem UhVorschG erhalten haben

| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|----------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Baden-Württemberg | 33.789 | 32.862 | 31.961 | 51.301 | 63.745 | 66.511 | 69.258 | 69.453 | 69.343 |
| Bayern | 42.232 | 41.449 | 40.595 | 63.850 | 80.000 | 81.335 | 84.636 | 85.210 | 86.482 |
| Berlin | 29.530 | 27.328 | 26.631 | 30.527 | 43.712 | 46.346 | 49.369 | 49.152 | 48.688 |
| Brandenburg | 19.447 | 18.400 | 17.427 | 26.917 | 34.765 | 34.498 | 33.896 | 32.943 | 31.891 |
| Bremen | 6.568 | 6.315 | 6.039 | 7.334 | 11.796 | 12.018 | 12.341 | 12.544 | 12.502 |
| Hamburg | 17.079 | 16.983 | 16.921 | 21.269 | 24.416 | 25.701 | 25.702 | 25.740 | 25.817 |
| Hessen | 29.156 | 28.130 | 27.931 | 39.705 | 51.379 | 53.762 | 55.626 | 55.612 | 55.423 |
| Mecklenburg-Vorp. | 16.301 | 15.513 | 14.620 | 25.152 | 30.157 | 29.894 | 29.408 | 28.700 | 28.022 |
| Niedersachsen | 44.816 | 43.763 | 42.819 | 67.268 | 83.833 | 85.691 | 87.332 | 87.148 | 85.868 |
| Nordrhein-Westfalen | 104.236 | 103.675 | 101.130 | 145.910 | 184.737 | 189.635 | 193.992 | 193.006 | 191.799 |
| Rheinland-Pfalz | 20.122 | 19.517 | 19.123 | 29.488 | 34.994 | 36.461 | 37.825 | 37.669 | 37.781 |
| Saarland | 5.213 | 5.267 | 5.098 | 8.358 | 9.734 | 9.835 | 9.884 | 10.111 | 10.132 |
| Sachsen | 32.410 | 31.004 | 29.364 | 45.976 | 55.493 | 54.178 | 53.629 | 51.416 | 49.942 |
| Sachsen-Anhalt | 18.581 | 17.798 | 16.696 | 27.701 | 35.800 | 35.698 | 35.415 | 34.895 | 34.027 |
| Schleswig-Holstein | 17.680 | 16.977 | 16.205 | 26.051 | 32.758 | 33.583 | 33.860 | 33.426 | 32.562 |
| Thüringen | 17.597 | 14.874 | 14.471 | 24.513 | 28.480 | 27.633 | 27.316 | 26.197 | 24.721 |
| Insgesamt | 454.757 | 439.855 | 427.031 | 641.320 | 805.799 | 822.779 | 839.489 | 833.222 | 825.000 |

Quelle: UVG-Geschäftsstatistik des BMFSFJ - jeweils Stichtagwerte zum 31.12.

Tabelle 2

Verhältnis der Einnahmen aus dem Rückgriff zu den Leistungsausgaben des gleichen Haushaltsjahrs (Rückgriffsquote)

| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|----------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| Baden-Württemberg | 32% | 33% | 33% | 28% | 19% | 26% | 24% | 23% | 26% |
| Bayern | 36% | 35% | 36% | 27% | 20% | 23% | 22% | 23% | 24% |
| Berlin | 17% | 17% | 18% | 17% | 11% | 13% | 12% | 13% | 15% |
| Brandenburg | 20% | 22% | 23% | 19% | 11% | 15% | 16% | 19% | 19% |
| Bremen | 11% | 11% | 14% | 10% | 6% | 9% | 9% | 10% | 10% |
| Hamburg | 14% | 11% | 11% | 7% | 8% | 7% | 10% | 10% | 11% |
| Hessen | 19% | 19% | 19% | 16% | 10% | 15% | 15% | 16% | 17% |
| Mecklenburg-Vorp. | 16% | 17% | 19% | 16% | 9% | 12% | 13% | 15% | 16% |
| Niedersachsen | 23% | 23% | 23% | 20% | 13% | 17% | 18% | 19% | 21% |
| Nordrhein-Westfalen | 25% | 20% | 20% | 16% | 12% | 16% | 15% | 17% | 20% |
| Rheinland-Pfalz | 26% | 27% | 27% | 22% | 17% | 20% | 21% | 22% | 24% |
| Saarland | 23% | 22% | 21% | 17% | 13% | 16% | 16% | 16% | 16% |
| Sachsen | 16% | 22% | 19% | 16% | 10% | 13% | 15% | 17% | 18% |
| Sachsen-Anhalt | 19% | 23% | 24% | 21% | 10% | 13% | 14% | 15% | 16% |
| Schleswig-Holstein | 21% | 21% | 23% | 17% | 12% | 15% | 18% | 18% | 20% |
| Thüringen | 19% | 22% | 23% | 18% | 10% | 15% | 16% | 19% | 20% |
| Insgesamt | 23% | 23% | 23% | 19% | 13% | 17% | 17% | 18% | 20% |

Die genannten Werte sind jeweils die anhand der Jahresendwerte der Buchungen in den Haushaltstiteln des Bundes berechneten Gesamtwerte.

Quelle: BMFSFJ

Der Bund erhält bzw. trägt davon seit dem 1.7.2017 jeweils 40%.

Die Werte unterscheiden sich, v.a. aufgrund unterschiedlicher Buchungsperioden, ggf. von durch die Länder errechneten Werten.

Tabelle 3
Bestand an Bedarfsgemeinschaften (BG)

| Region | Insgesamt | | | | | | darunter in Alleinerziehende-BG | | | | | |
|---------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| Deutschland | 3.262.236 | 3.092.540 | 2.906.469 | 2.903.150 | 2.829.755 | 2.772.344 | 588.765 | 557.679 | 526.635 | 509.534 | 491.174 | 526.489 |
| 01 Schleswig-Holstein | 121.840 | 116.367 | 108.982 | 107.356 | 103.463 | 98.789 | 22.308 | 20.990 | 19.802 | 19.013 | 18.151 | 18.854 |
| 02 Hamburg | 103.107 | 99.626 | 95.705 | 100.037 | 99.549 | 96.493 | 18.806 | 18.358 | 17.786 | 17.819 | 17.611 | 18.496 |
| 03 Niedersachsen | 307.547 | 296.279 | 279.236 | 277.742 | 269.105 | 265.874 | 57.666 | 54.589 | 51.374 | 49.313 | 47.291 | 51.035 |
| 04 Bremen | 52.964 | 51.504 | 49.997 | 50.744 | 49.523 | 48.332 | 9.557 | 9.442 | 9.292 | 9.240 | 9.127 | 9.567 |
| 05 Nordrhein-Westfalen | 869.916 | 839.722 | 805.527 | 803.854 | 786.360 | 771.672 | 154.391 | 148.978 | 143.445 | 139.718 | 135.063 | 141.841 |
| 06 Hessen | 220.598 | 212.230 | 199.426 | 202.139 | 198.513 | 196.007 | 40.993 | 39.486 | 37.596 | 36.831 | 35.830 | 39.323 |
| 07 Rheinland-Pfalz | 124.532 | 118.795 | 111.830 | 113.163 | 110.035 | 108.285 | 22.211 | 21.294 | 20.372 | 20.032 | 19.473 | 21.454 |
| 08 Baden-Württemberg | 248.351 | 235.987 | 222.311 | 229.152 | 228.685 | 231.011 | 47.773 | 45.344 | 43.201 | 42.433 | 41.575 | 47.971 |
| 09 Bayern | 246.477 | 229.667 | 211.415 | 218.869 | 217.913 | 220.842 | 47.597 | 44.508 | 41.261 | 40.815 | 40.022 | 47.080 |
| 10 Saarland | 48.249 | 45.343 | 42.925 | 42.628 | 41.363 | 40.394 | 7.636 | 7.217 | 6.970 | 6.849 | 6.651 | 7.106 |
| 11 Berlin | 289.770 | 272.261 | 255.175 | 258.907 | 254.342 | 239.027 | 47.543 | 46.210 | 43.868 | 42.870 | 41.413 | 41.175 |
| 12 Brandenburg | 122.224 | 111.055 | 100.514 | 95.225 | 89.906 | 86.371 | 21.381 | 19.466 | 17.576 | 16.317 | 15.203 | 15.824 |
| 13 Mecklenburg-Vorpommern | 92.036 | 83.942 | 75.740 | 71.526 | 68.080 | 65.415 | 16.362 | 14.787 | 13.265 | 12.157 | 11.360 | 11.847 |
| 14 Sachsen | 187.948 | 171.751 | 156.790 | 150.741 | 143.517 | 140.078 | 33.683 | 30.278 | 27.371 | 25.238 | 23.692 | 25.475 |
| 15 Sachsen-Anhalt | 138.130 | 127.191 | 117.151 | 110.533 | 103.062 | 99.807 | 23.925 | 21.668 | 19.694 | 18.111 | 16.807 | 17.266 |
| 16 Thüringen | 88.545 | 80.819 | 73.745 | 70.536 | 66.339 | 63.947 | 16.932 | 15.065 | 13.761 | 12.778 | 11.907 | 12.175 |

Tabelle 4

Bestand an Bedarfsgemeinschaften (BG) mit mindestens einem minderjährigen Regelleistungsberechtigten (RLB) oder Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL) mit Einkommen aus Unterhalt in Höhe der Unterhaltsvorschussbeträge

| Region | Insgesamt | | | | | | darunter in Alleinerziehende-BG | | | | | |
|---------------------------|-----------|---------|---------|---------|---------|---------|------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| Deutschland | 204.362 | 248.547 | 250.281 | 243.517 | 232.568 | 217.131 | 192.366 | 234.022 | 235.624 | 229.274 | 219.430 | 205.861 |
| 01 Schleswig-Holstein | 8.564 | 10.638 | 10.389 | 9.774 | 9.189 | 8.394 | 7.970 | 9.911 | 9.727 | 9.176 | 8.657 | 7.926 |
| 02 Hamburg | 8.043 | 9.442 | 9.823 | 9.435 | 9.167 | 8.626 | 7.767 | 9.130 | 9.461 | 9.096 | 8.829 | 8.347 |
| 03 Niedersachsen | 21.389 | 26.689 | 26.849 | 25.886 | 24.958 | 22.699 | 20.025 | 25.031 | 25.192 | 24.257 | 23.432 | 21.458 |
| 04 Bremen | 3.473 | 4.366 | 4.866 | 4.991 | 4.917 | 4.771 | 3.315 | 4.171 | 4.649 | 4.757 | 4.703 | 4.585 |
| 05 Nordrhein-Westfalen | 45.857 | 56.095 | 59.917 | 61.724 | 59.109 | 55.885 | 43.115 | 52.861 | 56.319 | 57.938 | 55.592 | 52.796 |
| 06 Hessen | 14.050 | 17.328 | 17.539 | 17.377 | 16.879 | 15.860 | 13.355 | 16.480 | 16.689 | 16.552 | 16.108 | 15.226 |
| 07 Rheinland-Pfalz | 8.465 | 10.368 | 10.226 | 10.143 | 9.877 | 9.241 | 7.853 | 9.683 | 9.530 | 9.431 | 9.205 | 8.694 |
| 08 Baden-Württemberg | 15.861 | 19.626 | 19.475 | 19.157 | 18.853 | 17.864 | 15.248 | 18.865 | 18.668 | 18.303 | 18.013 | 17.138 |
| 09 Bayern | 16.502 | 19.877 | 19.944 | 19.939 | 19.798 | 18.698 | 15.783 | 18.982 | 19.081 | 19.038 | 18.894 | 17.953 |
| 10 Saarland | 2.736 | 3.519 | 3.549 | 3.488 | 3.302 | 3.158 | 2.576 | 3.316 | 3.337 | 3.252 | 3.078 | 2.962 |
| 11 Berlin | 15.566 | 17.228 | 17.459 | 17.002 | 16.000 | 15.189 | 14.741 | 16.348 | 16.627 | 16.238 | 15.265 | 14.441 |
| 12 Brandenburg | 8.468 | 10.549 | 9.640 | 8.622 | 7.823 | 6.922 | 7.822 | 9.745 | 8.920 | 7.990 | 7.249 | 6.487 |
| 13 Mecklenburg-Vorpommern | 6.396 | 7.991 | 7.464 | 6.555 | 5.843 | 5.360 | 5.934 | 7.368 | 6.880 | 6.054 | 5.421 | 4.993 |
| 14 Sachsen | 13.488 | 15.299 | 14.588 | 12.928 | 11.795 | 10.808 | 12.491 | 14.106 | 13.454 | 11.990 | 11.017 | 10.154 |
| 15 Sachsen-Anhalt | 8.896 | 11.057 | 10.801 | 9.657 | 8.759 | 8.032 | 8.238 | 10.201 | 9.948 | 8.914 | 8.142 | 7.475 |
| 16 Thüringen | 6.607 | 8.474 | 7.753 | 6.838 | 6.299 | 5.626 | 6.134 | 7.827 | 7.142 | 6.290 | 5.825 | 5.226 |

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 5

**Bestand an minderjährigen Regelleistungsberechtigten (RLB) und Kinder ohne Leistungsanspruch (KOL)
mit Einkommen aus Unterhalt in Höhe der Unterhaltsvorschussbeträge**

| Region | Insgesamt | | | | | | darunter in Alleinerziehende-BG | | | | | |
|---------------------------|-----------|---------|---------|---------|---------|---------|------------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| Deutschland | 271.765 | 348.396 | 357.621 | 348.811 | 332.932 | 312.799 | 256.698 | 329.300 | 338.165 | 330.091 | 315.815 | 298.146 |
| 01 Schleswig-Holstein | 11.445 | 14.970 | 14.871 | 13.977 | 13.104 | 12.022 | 10.698 | 14.035 | 14.003 | 13.214 | 12.418 | 11.419 |
| 02 Hamburg | 11.244 | 13.992 | 14.816 | 13.888 | 13.382 | 12.732 | 10.904 | 13.585 | 14.353 | 13.470 | 12.968 | 12.399 |
| 03 Niedersachsen | 29.163 | 38.394 | 39.441 | 38.174 | 36.999 | 33.819 | 27.406 | 36.130 | 37.153 | 35.976 | 34.936 | 32.145 |
| 04 Bremen | 4.781 | 6.335 | 7.378 | 7.567 | 7.496 | 7.341 | 4.589 | 6.079 | 7.089 | 7.259 | 7.220 | 7.096 |
| 05 Nordrhein-Westfalen | 61.820 | 79.113 | 86.084 | 89.207 | 85.596 | 81.342 | 58.361 | 74.879 | 81.358 | 84.304 | 81.048 | 77.327 |
| 06 Hessen | 18.751 | 24.300 | 25.093 | 24.974 | 24.336 | 22.923 | 17.883 | 23.186 | 23.965 | 23.898 | 23.322 | 22.084 |
| 07 Rheinland-Pfalz | 11.445 | 14.847 | 14.906 | 14.848 | 14.545 | 13.708 | 10.633 | 13.901 | 13.926 | 13.841 | 13.609 | 12.952 |
| 08 Baden-Württemberg | 21.330 | 27.539 | 27.598 | 27.412 | 27.025 | 25.949 | 20.551 | 26.531 | 26.509 | 26.252 | 25.912 | 24.982 |
| 09 Bayern | 21.924 | 27.736 | 28.405 | 28.655 | 28.496 | 27.140 | 20.992 | 26.530 | 27.235 | 27.421 | 27.283 | 26.150 |
| 10 Saarland | 3.666 | 4.925 | 5.026 | 5.023 | 4.759 | 4.566 | 3.453 | 4.652 | 4.754 | 4.703 | 4.459 | 4.298 |
| 11 Berlin | 20.422 | 23.165 | 23.870 | 23.088 | 21.310 | 20.473 | 19.431 | 22.096 | 22.842 | 22.165 | 20.476 | 19.630 |
| 12 Brandenburg | 10.701 | 14.329 | 13.304 | 11.916 | 10.788 | 9.574 | 9.906 | 13.281 | 12.349 | 11.087 | 10.054 | 9.027 |
| 13 Mecklenburg-Vorpommern | 8.299 | 11.352 | 10.802 | 9.386 | 8.253 | 7.540 | 7.732 | 10.528 | 10.024 | 8.717 | 7.683 | 7.051 |
| 14 Sachsen | 17.164 | 20.740 | 20.169 | 17.749 | 16.059 | 14.750 | 15.951 | 19.190 | 18.683 | 16.543 | 15.070 | 13.910 |
| 15 Sachsen-Anhalt | 11.181 | 14.926 | 14.987 | 13.383 | 11.997 | 11.080 | 10.372 | 13.831 | 13.872 | 12.408 | 11.198 | 10.362 |
| 16 Thüringen | 8.430 | 11.732 | 10.872 | 9.565 | 8.786 | 7.843 | 7.839 | 10.866 | 10.052 | 8.836 | 8.161 | 7.315 |

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 6

Unterhaltsvorschuss - Antragsablehnungen

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|----------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Baden-Württemberg | 7.908 | 6.839 | 7.144 | 7.139 | 8.876 |
| Bayern | 8.395 | 7.559 | 7.728 | 7.608 | 9.351 |
| Berlin | 9.346 | 6.072 | 7.306 | 8.598 | 8.527 |
| Brandenburg | 3.837 | 2.524 | 2.726 | 3.308 | 3.336 |
| Bremen | 775 | 1.904 | 1.568 | 1.793 | 1.689 |
| Hamburg | 2.501 | 1.652 | 2.390 | 2.599 | 2.864 |
| Hessen | 6.349 | 6.271 | 6.325 | 6.649 | 7.924 |
| Mecklenburg-Vorp. | 1.624 | 1.455 | 1.427 | 2.040 | 2.539 |
| Niedersachsen | 7.477 | 7.584 | 7.361 | 7.625 | 9.082 |
| Nordrhein-Westfalen | 14.227 | 12.875 | 14.980 | 17.192 | 23.622 |
| Rheinland-Pfalz | 4.031 | 3.604 | 3.397 | 3.267 | 3.871 |
| Saarland | 834 | 730 | 877 | 1.094 | 1.259 |
| Sachsen | 4.701 | 5.222 | 4.629 | 4.532 | 5.795 |
| Sachsen-Anhalt | 3.746 | 3.107 | 2.663 | 2.584 | 2.940 |
| Schleswig-Holstein | 2.711 | 2.494 | 2.717 | 2.683 | 2.850 |
| Thüringen | 3.549 | 2.559 | 2.598 | 3.253 | 3.631 |
| Insgesamt | 82.011 | 72.451 | 75.836 | 81.964 | 98.156 |

Quelle: UVG-Geschäftsstatistik des BMFSFJ

